

Die Analyse



PROF. PETER FILZMAIER

Auf dem Weg zu gläsernen Kassen?

Was macht der gelernte Österreicher, wenn politische Parteien einen Plan für gläserne Parteikassen präsentieren? Er ist skeptisch. Allzu lange und oft erfolgte der Umgang der Parteien mit Geld nach dem Motto „Tarnen, tricksen und täuschen!“ Wird jetzt alles besser?

In Zukunft soll der Rechnungshof bei jeder Partei in deren Büchern und Konto-belegen nachschauen können, wenn er eine unseriöse Finanzgebarung vermutet. Weigert sich die Partei, so entscheidet der Verfassungsgerichtshof, ob die Einsicht trotzdem gemacht wird. Das ist richtig und wichtig.

Allerdings ist so eine Regelung seit Jahrzehnten überfällig. Bisher konnten Parteien ihren Finanzbericht an den Rechnungshof auch mit den Worten „Ätsch, wir schwindeln sowieso!“ übermitteln. Die Rechnungshofpräsidentin hätte in so einem Fall keine Möglichkeit gehabt, die offenkundig falschen Parteiangaben zu überprüfen oder zu beweisen.

Fehlverhalten: Strafen statt Belohnung

Wer Steuern hinterzieht oder gar Geld veruntreut, dem droht eine saftige Strafe. Was passierte bis heute einem Chef, Geschäftsführer oder Kassier einer Partei, der beim Geldausgeben die Gesetze verletzt? Nichts. Selbst bei einer millionenschweren Überschreitung der gesetzlich begrenzten Wahlkampfausgaben gibt es keine Strafe für die Person. Nun endlich soll persönlich zur Rechenschaft gezogen werden, wer in einer Partei widerrechtlich

wirtschaftet. Gut so! Mindestens genauso nötig ist die Erhöhung der Geldstrafen für die Partei als solche. Sonst kann die durch ein besseres Wahlergebnis jahrelang höhere Parteiförderung viel mehr ausmachen als jede Strafe. Hier wurde bei den letzten Wahlen der Gesetzesbruch zum guten Geschäft.

Schönheitsfehler und Spenden

Ein Schönheitsfehler freilich bleibt: Eine Partei geht nicht bei Misswirtschaft wie eine Firma pleite, sondern die Strafzahlungen erfolgen entweder aus Mitteln der Parteienförderung mit unser aller Steuergeld. Oder mit Beiträgen von einfachen Mitgliedern und Spendern. Beides macht keinen schlanken Fuß.

Apropos Spenden: Da sollen Obergrenzen gesenkt und Offenlegungspflichten erhöht werden. Warum? Sollte nicht vertraulich bleiben, wer welcher Organisation was spendet? Nein. Weil überprüfbar sein muss, dass es keine unzulässigen Gegenleistungen für Spender gibt. Zudem wurden Großspenden an die ÖVP gestückelt.

Die Parteipolitiker haben sich bewegt, um mehr Transparenz bei der Parteifinanzierung zu erreichen. Beschlossen wurde nichts. Für die Änderung des Parteiengesetzes braucht es im Parlament eine Zweidrittelmehrheit. Alles Gesagte ist daher bloß ein politischer Vorschlag. Beim endgültigen Gesetzesentwurf wird man das Kleingedruckte lesen müssen.

Genauso dürfen Parteien nicht wieder gefinkelt nach Grauzonen und gerade noch erlaubten Umgehungsstrukturen suchen. Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker hat sehr treffend gesagt, dass mit dem nunmehrigen Vorschlag ein wichtiger Schritt gesetzt wurde. Nicht für die Parteien, sondern für unsere Demokratie.

➤ Regierung einigt sich auf Vorschlag für

Spät, aber doch:

Schnell ist anders. Die Grünen versprochen bereits für Ende 2020 eine strengere Kontrolle der Parteifinzen. Weil nichts weiterging, präsentierte der Rechnungshof im vergangenen Herbst einen eigenen Gesetzesvorschlag. Nun ist auch die Regierung so weit, die Koalition hat ihren Vorschlag für das Transparenzpaket vorgelegt.

Bisher darf der Rechnungshof nicht direkt in die Finanzen der Parteien hineinschauen. Das soll sich ändern. Bei Ungereimtheiten im Rechenschaftsbericht und bei „begründetem Verdacht“ haben die Prüfer

künftig ein direktes Kontroll- und Belegeinsichtsrecht. Im Zweifelsfall soll der Verfassungsgerichtshof entscheiden. Der Rechnungshof selbst wollte noch deutlich weiter reichende Prüfrechte.



Wirbel um 1938-Sager

Schallenberg: „Missverständnis“

Außenminister Alexander Schallenberg sorgte am Sonntag in der „ZIB 2“ für Irritationen. „Wir haben doch 1938 am eigenen Leib erlebt, wie es ist, wenn man alleingelassen wird“, sagte Schallenberg und zog einen Vergleich zur jetzigen Situation in der Ukraine. Gestern sprach der Minister von einem „Missverständnis“. Er habe nicht den Opfermythos Österreichs gemeint, sondern die ausbleibende internationale Solidarität.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die Grünen versprechen „gläserne“ Parteifinzen. Wenn die ÖVP mit an Bord ist, muss man sich wohl auf Milchglas vorbereiten.

